

Saale-Zeitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

zuzugew.

werden die 6 gepaltene Kolonietheile oder deren Raum mit 20 Wg., solche auf Halle mit 20 Wg. berechnet und in unsere Annahmestellen...

Erhebt täglich dreimal, Sonntag und Montag einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17, Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugpreis für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., ansonst Aufstellungsbefehl. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Um amtlichen Zeitungs-Berichtschein unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unbenutzte eingehende Nummern wird keine Rückgabe übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen „Saale-Zg.“ gestattet. Geschäftsverderber der Redaktion Nr. 1160; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Konsumenten-Abteilung Nr. 1155.

Nr. 185.

Halle a. S., Dienstag, den 22. April.

1913.

Der Bohrwurm.

Herr von Heeringen reiß zum Rücktritt?

Halle a. S., 22. April 1913.

Der Berliner Lokal-Anzeiger (dieser Typus der Sammtrommen, freiwillig-gouvernementalen Scherblätter), der schon einige Wochen vor Einbringung der großen Militärvorlage (und zwar in jenen Tagen, da man im Kriegsministerium noch nicht an den riesigen Umfang der heute geforderten Rüstungsvorlage dachte), Aufsehen erregende Artikel aus militärischer Feder über die dringende Notwendigkeit einer gewaltigen Heeresverfälschung brachte, zählt bekanntlich nicht zu der Herrn von Heeringen freundlich gesinnten Presse.

Nicht etwa aus Prinzip! Die Ursache liegt anderswo. Einer Gruppe von höh'eren Offizieren a. D. entwickelt der Kriegsminister anscheinend nicht Elan genug bei der Erfüllung der Reichstags-Wünsche; Sand in Sand mit dieser Mißstimmung geht vielleicht auch eine, hier nicht näher zu erörternde Aversion in Generalstabstreifen gegen den Militär von Heeringen. Das alles trägt nicht dazu bei, die Stellung des Kriegsministers, der seit seiner berühmten Duellerkriegung auch mit einer ihm feindlichen Strömung im Zentrum zu rechnen hat, zu festigen. Eingeweihte wollen deshalb wissen, daß Herr von Heeringens Ministerfrage gestützt sind, daß die „Reben“ zur Wehrvorlage, die allerdings auf einer Postkarte bequem untergebracht werden können, Herrn von Heeringens Schwanengesang bedeuten. Man lese, was der Berliner Lokal-Anzeiger, dieses offiziöse Steinkäuzchen, in seiner letzten „Umhau“ schreibt:

„Den Militärbedarfen im Reichstag und in der Budgetkommission, die nahezu alle Sitzungstage dieser Woche ausfüllten, konnte der unbefangene Leser im übrigen nicht ohne gewisse Empfindungen folgen. Der Kriegsminister, der zunächst seinen regulären Etat zu vertreten hatte, fühlte sich dabei auf Schritt und Tritt gedrückt durch Schwärzgeister, in die er durch eigene Schuld geraten ist. Der Reichstag hat ihm in den letzten Jahren alles bewilligt, was zur Verstärkung des Heeres nur notwendig erklärt wurde. Daß die Armeeverwaltung sich trotzdem mit neuen Militärordnungen kommen müßte, kann das Vertrauen zu ihrer Umlicht natürlich nicht heiligen. Es ist deshalb kaum zu verwundern, wenn die Reichstagsbeschlüsse, als es früher der Fall war, ihrem eigenen Anteil nicht denjenigen der „amtlichen Zentralstellen“ folgt und durch Abwärtige aller Art der Leitung des Kriegsministeriums ziemlich unerblickte Mißtrauensvoten ausstößt. Unter diesen Umständen wäre es wirklich besser gewesen, wenn Herr v. Heeringen die amtliche Vertretung der neuen Wehrvorlage gegenüber der Volksvertretung einem Nachfolger überlassen hätte, dessen Autorität durch keine Sünden der Vergangenheit geschwächt ist. Bei rechtzeitigem Vorauszicht der kommenden Entwicklungen wären heute nicht gar so viele Läden auf einmal zu klopfen gewesen. Ein guter Hausvater wartet nicht, bis ihm das Dach über dem Kopfe zusammenzustürzen droht, sondern sorgt durch regelmäßige und ausreichende Reparaturen dafür, daß sein Haus stets in gutem Zustand erhalten bleibt. Herr von Heeringen glaubte vielleicht seine Situation durch Ausfälle gegen unbefangene Zeitungsartikel, die den Stein erst ins Rollen gebracht haben, verbessern zu können. Im Interesse der Sache sollte es uns lieb sein, wenn er sich hierin nicht täuscht. Aber das er auf die Anschuldigungen des „Vogelnechts“ gegen die Firma Krupp trotz prinzipieller Verwahrungen doch näher einging, obwohl die Angelegenheit zuerst bei den Gerichten anhängig ist, wird kaum noch mit irgendwelchen Nebenabläufen zu entschuldigen sein. Er scheint nicht bemerkt zu haben, daß es der Sozialdemokratie nur darauf ankam, durch hundertlanges Debattieren über Dinge, von denen einwöchentlich nichts Zuerstündliches bekannt ist, eine starke Suggestion auf die öffentliche Meinung und auf die Gerichte auszuüben, die mit der Prüfung der Angelegenheit befaßt sind. Sehr merkwürdig verhielt er sich auch zu hören, daß der Kriegserzregte Feinde des preussischen Heeres, einen förmlichen Part eingangs, um ihn dazu zu bestimmen, sein Material gegen Krupp der Öffentlichkeit einzuweihen vorzunehmen. Wir müßten uns über die Stimmungen in Armeekreisen sehr täuschen, wenn die letzte, aber wohl verbürgte Kunde aus dem Reichstage nicht allenthalben mit ungläubigem Staunen aufgenommen werden sollte.“

Die Ausfälle des Lokalanzen, — soweit sie sich auf den Vorwurf der mangelnden Umlicht des Kriegsministers beziehen, entbehren nicht eines berechtigten Kerns. Auch wir waren und sind der Ansicht, daß man mit diesen enormen Forderungen der Rüstungsvorlage, die doch seit langem fällig sind, nicht mit einem Male kommen durfte. — Anders denken wir über den dem Minister in der Krupp-Affäre gemachten Vorwurf. Hier hat der

General von Heeringen wahrlich nur das Mindestmaß dessen erfüllt, was der Reichstag von ihm verlangte konnte. In seinem Parlament der Welt würde man sich mit diesen skizzenhaften ministeriellen Aufklärungen der Krupp-Manipulation begnügen, sondern die eingehendsten Details verlangt haben. Der Vorwurf, daß der Kriegsminister mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten patiiert habe wie Faust mit dem Teufel, ist nicht das ungeschickteste Wurzgeschloß in dieser Heeringengehe. Diejenigen, die es schleudern, wissen, daß man dadurch in Preußen-Deutschland einen Minister am schnellsten zu Fall bringt, indem man ihn des Pates oder Viebzügels mit den „Genossen“ beschuldigt.

„Qui mange du pape, en meurt!“ Wer ist, was vom Papste kommt, tritt daran, heißt es von der Zeit des Papstes Alexander I., der ihm unbehagliche Perionen dadurch beiseite schaffte, daß er ihnen mit Gift gemischten Wein vorsetzte.

Wer, — selbst wenn es im Interesse der Nation liegt, mit der Sozialdemokratie in irgend einer Form eine Verständigung oder Vereinarbeitung sucht, der ist reif für den Heimtuchter, wie der Kaiser den verstorbenen Lucanus einmal spohhaft bezeichnet hat.

Uns scheint — dieser Liebknecht kommt den Leuten mit den breiten roten Streifen, die im Vokalanz, die Feder führen, sehr gelegen!

Die offizielle Abwehr.

W. Berlin, 21. April. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Berliner Montagsblätter beschäftigen sich mit einem Artikel des Berliner Lokal-Anzeiger, der in der Tat dadurch auffällt, daß er im Zusammenhang mit den Reichstagsverhandlungen völlig deplazierte Angriffe auf den Kriegsminister von Heeringen richtet. Auf den hallosten Vorwurf, daß dieser mit dem Abgeordneten Liebknecht einen Pakt eingegangen sei, scheint sich uns eine Antwort zu erübrigen. — Ein sonderbares „Dementi“, in der Tat!

Die Kruppaffäre — kein Ausnahmefall.

London, 21. April. „Daily Chronicle“ warnt davor, den Kruppstand als Ausnahmefall zu behandeln. Das Blatt erklärt, die Profite Schweberei in Frankreich und des englischen Schiffbauingenieurs hielten jeden Vergleich mit Krupp aus. Riders und Maxim bauen in Italien Schiffe für die italienische Regierung. Die Flottenliste zähle diese Schiffe als feindliche, und der beunruhigte Patriotismus verlange dann neue Schiffe für England, und das bedeute neue Aufträge für Riders und Maxim. Aber die schlagendste Parallele sei der Jemelon Raid nach Südafrika, der dieselben Kräfte am Werke zeigte wie im Falle Krupp.

Die Einberufung einer Kommission für Rüstungslieferungen

wird vom Abg. Erzberger im Verein mit anderen Abgeordneten der Zentrumspartei in Anregung gebracht. Der hierauf abzulebende, in der Budgetkommission des Reichstages gestellte Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszanzler zu eruchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Heeres- und Marine eine Kommission zu berufen, zu der vom Reichstage zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Herr Reichszanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Vereinfachung etwaiger Mißstände mitzuteilen.

Die Streiklage in Belgien.

□ Brüssel, 21. April. (Privat-Telegr.) Nach den bisherigen Nachrichten aus den Industriezentren scheint die Streiklage noch un verändert zu sein. Aus La Louviere wird gemeldet, daß zwei Soldaten des flämischen Regiments gestern abend desertierten. Sie wurden von einer Patrouille verhaftet, worauf sie schossen. Ein Verfolger wurde getötet. Die Deserteure sind noch nicht gefaßt.

Die Reorganisation der Pariser Polizei.

(Meldung unseres Depeschurbureaus.) W. Paris, 21. April. Im Ministerium des Innern war eine Kommission gebildet worden, welche die Frage einer Reorganisation der Polizei des Reichslandes von Paris nach dem Muster der Pariser Municipal-Polizei prüfen soll. Den Vorsitz in dieser Kommission führte Staatsrat Guier. Es gehören ihr ferner namentlich Polizeipräsident Hennion sowie der Chef der Siderheitspolizei Bujatel an. Die Kommission ist nunmehr auch vom Minister des Innern beauftragt

worden, die Frage eventueller Erhebung der rein föderativen Polizeiorgane durch staatliche Polizei zu prüfen, da die Wirksamkeit der städtischen Polizei bisweilen in einzelnen Großstädten oder industriellen Zentren, namentlich auch in Grenz- und Hafenstädten ungenügend sei.

Deutsches Reich.

Die Frage der Kommandanturen.

(Von unserem parlam. O-Mitarbeiter.)

Berlin, 21. April. Die Budgetkommission des Reichstages erledigte gestern, wie bereits kurz gemeldet, den Rest der fortwährenden Ausgaben des Heeresetats, nach kurzer Debatte über die Frage, ob die Kommandanturen in Karlsruhe, Dresden, Darmstadt und Stuttgart aufrecht erhalten werden sollen, deren Streichung zwar in einer früheren Sitzung beantragt, worüber aber die Beschlußfassung ausgeblieben war, bis die Bevollmächtigten der Bundesstaaten höhere Informationen zur Klarlegung der finanziellen Seite eingeholt hätten. Der sächsische Militärbevollmächtigte erklärte die unbedingt Notwendigkeit der Kommandantur in Dresden; die Garisun sei ein Waffenlager erster Klasse, beste schreibe technische Institute; Die umfangreichen Mobilmachungsarbeiten allein machten die Kommandanturstelle schon erforderlich. Ein Zentrumsabgeordneter beantragte, die genannten Kommandanturen als bis zum 30. September 1913 wegfallen zu bezeichnen. In Sachen könne der Feldzeugmeister sehr wohl die Geschäfte der Kommandantur mit übernehmen, da ihm nur zwei Armeekorps unterständen, während in Preußen 19 Armeekorps unter einem Feldzeugmeister händen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte, auch die Kommandantur der Zeitung Königsberg zu streichen. Kriegsminister v. Heeringen betonte der Zentrumsantrag stelle die Heeresverwaltung vor eine schwere Frage. Es sei unwahrscheinlich, daß der Reichstag in dieser Hinsicht Mäßigkeit ausprüche. Ein Vorfall der Kommandantur Königsberg sei nicht gerechtfertigt. Nachdem der sächsische Militärbevollmächtigte den Unterchied der Tätigkeit des sächsischen und preussischen Feldzeugmeisters erläutert hatte, begründete ein nationalliberaler Abgeordneter

eine Resolution,

den Reichszanzler zu eruchen, in Verhandlungen mit Baden und Hessen einzutreten, um angesichts der neuen militärischen Lasten durch Verzicht auf entbehrliche Stellen, insbesondere der Kommandanturen in Karlsruhe und Stuttgart empfehle sich nicht, das Füllen der Auswärtigen der Militärbevollmächtigten zuzusetzen. Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei erwiderte, in Württemberg bestche sehr in konservativen Kreisen die Meinung, daß man manche Stellen streichen könne; deshalb sei von seinen Freunden beantragt worden, mehrere Stellen zu streichen.

Nach längerer Debatte nahm die Kommission mit 17 gegen 10 Stimmen den Zentrumsantrag an, die Kommandanturen Karlsruhe, Dresden, Darmstadt und Stuttgart als bis zum 30. September 1913 wegfallen zu bezeichnen. Damit erledigte sich die nationalliberale Resolution. Der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei wurde abgelehnt.

Kof. und Personalnachrichten.

Der Kaiser in Bad Homburg v. d. Höhe.

W. Homburg v. d. Höhe, 21. April. Der Kaiser hörte heute vormittag die Vorträge des Vertreters des Ministeriums des Reichslands von Trentler und des Chefs des Reichslandrats Wilhelm Geheimen Rats v. Palentin. Um 12 Uhr begaben sich die Majestäten im Automobil nach Darmstadt, um einer Einladung des Großherzogpaares von Hessen zur Frühstückstafel zu folgen.

* Prinz Ernst August von Braunschweig und Lüneburg, der Verlobte der Prinzessin Viktoria Luise, beschäftigt mit seiner Braut, wie aus Hannover gemeldet wird, im Sommer Aufenthalt im herzoglichen Schloß in Herrenhausen zu nehmen. Schon seit längerer Zeit werden die Räume der ehemaligen welfischen Residenz instand gesetzt, und Prinz August Wilhelm von Preußen weite die Tage infognito in Hannover, um den zukünftigen Sommeraufenthalt seiner Schwester in Augenschein zu nehmen. Der berühmte Herrenhäuser Garten mit seiner großen Fontäne, der zweitgrößten nach der Potsdamer, hat seit dem Jahre 1866 fürstlichen Besuch nicht mehr beherbergt. Die Unterhaltung des Schlosses wurde bisher aus dem Weisenfonds bestritten.

* Der König und die Königin von Dänemark trafen gestern in Schwerin zum offiziellen Besuch des großherzoglichen Hofes ein. Sie verweilten bis Donnerstag nachmittag als Gäste des Großherzogpaares. Auf dem festlich geschmückten Bahnhof war der Großherzog, die Großherzogin, Herzogin Marie-Antoinette, Prinz Heinrich XXXVIII. von Reuß und Prinzessin Heinrich XVIII. von Reuß zum Empfang erschienen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. April 1912.

Am Bundesratsstische: Kriegsminister v. Heeringen.
Präsident Dr. Haempff eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.
Die Tagesberatung des Militäretats

wurde fortgesetzt.
Bei den Ausgaben für Garnisonverwaltungen und Servicewesen befristete.
Hr. Werner-Oestrich (Deutsche Rechtsp.) u. a. wiederum die Verbesserung der Stellung der Kaserneninspektoren.

Hr. Jäger (Nat.) brachte einige auf die Vergebung der Befestigung bezügliche Wünsche der Submittenten bei Ausführungen vor.

Hr. Pauly-Gossm (Centr.) demängelte, daß die Militärverwaltung bei den Bauten vielfach ausländischen Schiefer bevorzuge.

Hr. Heiser (Centr.) wandte sich gegen die Anzuehung, die Zulagen für den Kommandanten der Besatzung der Burg Hohenzollern und die Besatzung selbst in Betracht zu bringen.

Hr. Dr. Henmann-Hofer (Fortfchr. Vpl.) machte auf die Uble Lage der Arbeiterbau treibenden Bewohner der Dörfer in der unmittelbaren Umgebung der Truppenübungsplätze aufmerksam.

Hr. Napp-Baden (Deutschnat.) Die Entschädigungen für die Wandlerlösen um die Wandlerlösen sind zu gering. Diese Forderung bedeutet keine agrarische Begehrtheit.

Hr. Schmidt-Reichen (Soz.) Die Wandlerlösen steigen ins Ungeheure.

Hr. Rohmann (Centr.) Die Wandlerlösen müssen rascher abgeklärt werden, da es sonst nicht möglich ist, den Schaden richtig festzustellen.

Generalleutnant Stenab: Die Verwaltung hat das Bestreben, die Wandlerlösen so schnell wie möglich festzustellen. Verzögerungen können eintreten, wenn das Wetter die Arbeiten der Kommission verzögert und wenn auf die eine Lösung noch eine andere folgt. Die Verhörsprotokolle während des Kaiser-Wandlers in Sachsen sind durch die Militärabteilung entstanden. Diese sind ein besonders wichtiger Teil des Wandlers.

Das Kapitel wurde bewilligt.
Bei den fortbauenden Ausgaben für das Militärbanwesen

befristete

Hr. Weinhausen (Fortfchr. Vpl.) die Entzerrung der Wägen im Militärbanwesen. Angehörige der neuen Heeresvorlage müßte durch geführte Stellen der Anzue zur Kapazitätserhöhung verkehrt werden. Die Unterbeamten befragen sich auch über ungeschickte harte Behandlung durch ihre Vorgesetzten und über eine dienstliche Überspannung ihrer Kräfte, die in keinem Verhältnis zu den Anforderungen stehe, die an andere Unterbeamte gestellt werden.

Generalleutnant Stenab: Ein Antrag, die Lage der Wägen zu verbessern, ist 1900 in der Kommission gefallen. Auf die heimische Industrie wird nach Kräften Rücksicht genommen.

Hr. Jäger (Nat.) hat um Berücksichtigung von Petitionen der Militärbansekretäre um Gleichstellung mit den preussischen Bauinspektoren.

Bei den Ausgaben für das Militärbanwesen

befristete

Hr. Koch (Soz.) Die Militärverwaltung sollte den Wägen auf gesundheitlichem Gebiete im Besonderen größere Aufmerksamkeit widmen. Die Militärverwaltung hat die

Zyphus-Epidemie in Hanau

nicht gründlich genug untersucht. Sie teilte mir, die Krankheit sei durch eine Kartoffelgalle übertragen. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Es war von Kartoffeln eine große Menge Salat hergestellt worden, der über Nacht stehen blieb und verderb. Es gibt eine Anzahl Militärärzte, die in jedem Kranken Soldaten einen Zylinder, einen Zylinder setzen, der sich selbstig um Dienste brüden will. Zwanzig Soldaten sind gestorben, fast alles Leute, welche ihren armen Eltern eine Stütze sein sollten. Diesen sollte eine Entschädigung gewährt werden.

Generaloberarzt Dr. Schulz:

Die Massenerkrankungen in Hanau sind durch eine verhängnisvolle Vereinfachung von unangenehmen Umständen hervorgerufen worden. Bei der Untersuchung der Wägen hat sich ein Kartoffel-Salat herausgefunden, in dem Zylinderkerne hineingeworfen waren, welche von einer Kartoffelgalle in als Bakterienträger herrührten. Das späte Erkennen der Krankheit erklärt sich daraus, daß die Wägen bei Zyphuserkrankungen häufig erst in der zweiten Woche auftreten. Mit allem Nachdruck muß ich Einspruch gegen die Behauptung erheben, daß Militärärzte die Kranken, deren Erkrankung sie nicht sofort erkennen können, als Zivilanten anzusehen.

Zivilantentodereel wird auch allerhöchste perhorresziert. In der Kommission ist bereits über die Untersuchung der Wägen dem Bericht über Zyphus schwer betroffenen Familien gesprochen worden; ich bin ermächtigt, zu erklären, daß alle derartigen Gesuche durchaus nachvollziehbar aufgenommen werden sollen.

Hr. Koch (Soz.):

Die Verwaltung hat sich über den traurigen Vorfall in Hanau nichts gelernt. Dem Herrn Regierungsdirektor sind Klagen über schlechtes Essen nicht zu Ohren gekommen. Aber die Verwaltung hätte sich bei den Eltern erkundigen können. Jemand, der sich die Döge der Preise. Ein jeder sieht doch ohne weiteres ein, daß man dafür keine gute Ware verlangen kann.

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen: Es ist sehr schwerfällig, daß die Verwaltung für die Gesundheit unserer Soldaten alles in allem veranlassen sich sollte. Unser Soldaten werden nicht lassen. Damit hat der Umfang nicht zu tun, daß die in Hanau geübten Preise für Lebensmittel zu niedrig sind. Auch den Militärärzten kann man eine Schuld nicht sein lassen. Wir können unserem Sanitäts-offizierkorps dankbar sein. Das wir an ihm haben, zeigt der Gesundheitszustand in der Armeekorps, der in den letzten 35 Jahren sich um 35 Prozent, also fast in jedem Jahr um 1 Prozent gebessert hat. Das ist ein Vortreffliches, wie es in keiner Armee der Welt zu finden. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wurde bewilligt

Hr. Koch (Soz.)

Herbeibringung

beantragte die Kommission Abweisung von 255 251 Mark.

Kriegsminister v. Heeringen:

Der Etat entspricht hier durchaus den früheren Vereinbarungen

mit dem Verlangen der Kommission will aber das Gegenteil. Die Offiziere, die bisher für niedrigegehende Nationen Vergütung bekamen, sollen diese verlieren. Das ist eine Verminderung des Einkommens. Durch Erhöhung der Leistungen bei der Kavallerie ist die gesamte Wertschätzung teuer geworden. Ich kann nur dringend bitten, daß bis zur dritten Lesung eine Lösung gefunden wird, die einen Ausweg gestattet.

Hr. Hans Eberler (Centr.) (Konf.):

Wir werden gegen die Fassung des Kommissionsvorschlages stimmen. (Zustimmung rechts.)

Hr. Koch (Soz.): Wenn irgend eine Gruppe von Angehörigen des Deutschen Reiches eine Pflicht hat, so sind die hohen Generale (Widerspruch rechts). Ich beziehe nicht, wie diese sich wegen der 900 Mark, die sie hier weniger bekommen sollen, zu freuen. Wegen die Rechte und die Nationalliberalen wurde dann der höhere Anlag des Etat abgelehnt und die Ausgaben nach den Kommissionsanträgen festgesetzt.

Bei den

Ausgaben für die Verwaltung der Remontedepots

befristete

Hr. Schmidt-Reichen (Soz.):

Die fächlichen Remonte-Arbeiter und Arbeiterinnen werden viel zu schlecht bezahlt.

Hr. Schmidt-Reichen (Soz.): Eine Steigerung der Löhne soll schon eintreten sein; ich habe hier die vom 1. Januar 1912 datierten Einträge; ich habe hier 50 Mark Lohn jährlich lauten. (Hört! hört! bei den Soz.)

Zu den

Ausgaben für Reise- und Umzugs-, Fortpflanz- und

Transportkosten

befristete

Hr. Koch (Soz.): Hier lassen sich große Ersparnisse machen. Eine durchgreifende Reform kann aber nur erfolgen, wenn der gleichzeitige Reform des Militärrentenabkommens. Um ganz unmittärlische Verwendung von Soldaten scheint es sich jetzt wieder bei der Verwendung von Pionieren bei

Arbeiten auf der Saalburg

zu handeln. Es scheint hier nicht eine Übung zur militärischen Ausbildung der Soldaten vorzuliegen, sondern eine Verwendung um einer Privatindustrie des Kaisers willen. Vor einigen Jahren mußten ja auch Soldaten das Komintern Jagdrevier des Kaisers herrichten. Das hier ist eine Verhöhnung und wird vom Kolle bezahlt, keine Einrichtungen sind nicht für den Privatgebrauch der Pioniere da. Das ist ein Widerspruch zu den Paragrafen, die es nicht nur Bestrafung und nicht bestrebt, um hier eine halbe Stunde Spazier für ein fünfjähriges Brautpaar zu bilden. Es macht sich viel böses Wort, wenn für rein zivile Zwecke Reichsmittel verschleudert werden. (Zustimmung bei den Soz.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Die Motive, welche für die Heranziehung der Mathenomer Kaiserin maßgebend gewesen sind, beruhen in wesentlichem auf der historischen Tradition. Diese Maßregel hatte einen politischen Zweck, und sie hatte darum ihre besondere Berechtigung. Was die Saalburg anlangt, so handelt es sich um eine Übung in der Rüste der Saalburg auf einer Halbinsel, die sich ihrer ganzen Eigenart nach nach der Ansicht der Pionierinspektion zu Spazierarbeiten eignet. Sämtliche Kosten wurden dem Saalburg-Fonds entnommen. (Beifall.)

Die Kosten für das

Erzählungs- und Bildungsstellen und für das

Militärerzählungsstellen

wurden ohne Diskussion genehmigt.

Es folgten die Ausgaben für das

Militärerzählungsstellen

und für die technischen Institute.

Hr. Wagner (Soz.):

Eine Verbesserung der Arbeiter in den Militärverhältnissen ist noch nicht erfolgt. Es wird eine frivole Ausnutzung der Arbeitskraft getrieben. Eine Garantie des Stundenlohns muß gegeben und die Arbeitsarbeit abgelehnt werden. Die Gesamtzahl der Arbeiter muß aufhören, es geht die Verbote gar nichts an, wenn ein Arbeiter außerhalb des Dienstes sozialdemokratisch tätig ist.

Generalleutnant Wandel:

Die Schilderungen des Vorredners von den Militärverhältnissen treffen nicht zu. Die Lohnverhältnisse sind wesentlich günstiger. Die Militärverwaltung ist verpflichtet, sich nach den Löhnen in den gleichartigen Betrieben der Privatindustrie zu richten. Verbesserungen in eine andere Richtung können höchst selten vorkommen.

Hr. Trimbom (Centr.):

Die Militärärzte, welche in den Militärverhältnissen tätig sind, sind in einem Beamtenverhältnis übergeben zu werden; bisher sind sie größtenteils nur auf Grund eines Privatdienstvertrages tätig. Soweit sie nicht etatistisch sind, unterliegen sie der Privatbeamtenversicherung; sie haben nun gebeten, sie auf die Beamtenverhältnisse zu übertragen. Es müssen mehr etatistische Stellen geschaffen werden, damit diese Beamten aus ihrem Beamtenverhältnis herauskommen. Das hat man ihnen schon früher in Aussicht gestellt, hat aber diese Zusage nicht erfüllt; auch dieser Akt bringt keine Besserung.

Generalleutnant Wandel

teilt mit, daß der Staatssekretär des Reichsgesundheitsamtes in Aussicht gestellt hat, daß ein Teil der Verwaltungsbeamtenstellen etatistisch werden sollte.

Hr. Fomshof (Centr.):

Die Bezüge der Feuerwerker sind zu gering, daß sie nicht einmal ohne staatliche Unterstützung sich handesgemäß leisten können.

Das Haus befragt sich.

Dienstag, 2 Uhr pünktlich: sorge anfragen, Weiterberatung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Ungeordnetenhause.

Sitzung vom 21. April 1912.

Am Regierungstische: Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bölow eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung der Vorlage wegen Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen wurde fortgesetzt.

Hr. Luchl (Konf.):

Ein Teil meiner Freunde, zu denen ich als gewesener, steht der Vorlage freundlich gegenüber. Unsere anfänglichen Bedenken sind durch die Kommissionsverhandlungen zerstückelt worden. Wenn meine Freunde diese Vorlage zustimmen, dann tun sie es nur in der bestimmten Erwartung, daß eine Tarifveränderung unter allen Umständen eintritt. Allerdings dürfte die Zelle nicht so er-

höht werden, das die ungenutzte Zentralkraft des Berliner Bahnbetriebes erschwert wird. Eine Erhöhung der Arbeiter Löhne wird in der Tarifveränderung nicht eintreten. Der Antrag Gerbardus würde die unbilligen Verhältnisse auf der Stadtbahn nicht beseitigen. Wir beantragen über den ersten Teil des Antrages Gerbardus betr. Bewilligung von 6 000 000 Mark für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und 3 Millionen für Bewilligung namentliche Abfertigung.

Hr. Dr. Schade (Breitkonf.):

Wenn ich mich gegen die Vorlage erkläre, so möchte ich gleichzeitig der Auffassung entgegenzutreten, als ob durch eine etwaige Ablehnung der Vorlage die Stellung des Ministers erschwert würde. Ich würde für die Vorlage stimmen, wenn eine Neu-anlage in Frage käme, da es sich aber nur um eine Umwandlung handelt, nehmen wir mit Rücksicht auf die hohen Kosten eine ablehnende Haltung ein. Die Unrentabilität der Stadtbahnen vertritt allein auf den zu niedrigen Tarifen. Die Eisenbahnnormaltarif hat aber gegen die Gesamtheit der Steuerzahler die Pflicht, für die Bedienung der Gesellschaften zu sorgen. Wir haben Bedenken, ob der geplante Betrieb von 1 1/2 Minuten wirklich durchgeführt ist. Er wird dann verfallen, wenn er für den kolossalen Andrang am notwendigen ist.

Hr. Schmieding (Centr.):

Ich werde mit einem Teil meiner Freunde zusammen für den Kommissionsantrag stimmen. Die Gegner der Vorlage meinen, daß eine Verbesserung in der vorgeschlagenen Form nicht möglich sei. Diese Frage ist einwandfrei wiederlegt worden. Von der Regierung ist bislang betont worden, daß die Entlastung des Betriebes eine Änderung nicht macht. Der elektrische Betrieb gestattet viel höhere Leistungen. Durch den elektrischen Betrieb wird auch viel erspart an Rohlen und Licht. Es wird auch an Personal erheblich gespart werden können. Es besteht kein Zweifel, daß der elektrische Betrieb erheblich wirtschaftlicher und zweckmäßiger sein wird, als der Dampftrieb. Es kommt nur noch die technische Seite in Betracht, da interessiert es uns besonders, daß der Betreiber der Heeresverwaltung ohne jedes Bedenken bestimmt erklärt hat, daß für den Restfall absolut kein Bedenken gegen den elektrischen Betrieb

erhoben werden könne. Auch die finanziellen Ertragsnisse des elektrischen Betriebes gegenüber dem Dampftrieb sind bedeutend günstiger. Beim verbesserten Dampftrieb würde noch ein Verlust von 5,7 Millionen zu bedeuten bleiben, während beim elektrischen Betrieb sich der Verlust auf nur 3,1 Millionen belaufen würde. Dem Kommissionsbeschlusse werden wir zustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Hr. v. Hennigs-Dehlin (Konf.):

Wohlfühl nicht bei einer Rede so übererlaubt, wie die des Vorredners. Es kann wohl aber einmal zu einer anderen Ansicht kommen. Der Hr. Schmieding akzeptiert glatt die Zahlen der Regierung und findet mit einem Male alle das richtig, was uns von der Regierung herabgeleitet ist, um alle seine Kritik zu üben. Der springende Punkt ist für uns letztlich, ob das neue System wirtschaftlich ist. Wir können der Vorlage nicht zustimmen, ehe nicht genügend Erfahrungen gesammelt sind. Wir wollen ja in der ganzen Frage keinen absolut abweichenden Standpunkt einnehmen, sondern wir wollen nur abwarten. Unsere Tarife sind gegenüber den Tarifen in Großstädten anderer Länder viel zu niedrig. Eine entsprechende Tarif-erhöhung halten wir für notwendig. Ebenfalls muß die so sein, daß die ganze Rentabilität einmengen verbührt ist. Das erforderliche Kraftwerk muß von der Regierung selbst errichtet werden. Die technischen Fragen sind noch nicht genügend geklärt. Die Kosten dürften nicht auf dem einseitigen Standpunkt der Dampfinteressen, aber die Elektrizitätsgesellschaften sind die Manager der Regierung bei dieser Vorlage gewesen. Wenn wir zu dem Resultat kommen, daß die Sache noch ungeklärt ist, dann müssen wir die Anerkennung verlangen, daß das unter pflichtgemäßer Standpunkt ist. Ich bitte Sie, den Antrag Gerbardus anzunehmen, weil er die Sache finanzlos, die noch nicht genügend geklärt ist. (Beifall rechts.)

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach:

Ich beziehe dem Parlament nicht das Recht, auch technische Fragen zu erörtern, es liegt aber eine große Gefahr darin, technische Fragen, in denen heutzutage technische Kenntnisse erforderlich sind, hier zum Gegenstand des Erwerbes zu machen. Ich beziehe mich durchaus in der Lage, die technischen Einwendungen des Hr. v. Hennigs erneut zu überlegen, wie sie in der Kommission von den Rednern wiederholt wiederholt worden sind. Wir haben in dieser Vorlage technisch das Beste gegeben, was zur Zeit geboten werden kann. Die wirtschaftlichen Momente des Herrn v. Hennigs haben mich nicht überzeugen können. Mit unseren Vorschlägen glauben wir billiger produzieren zu können, und unsere Berechnungen darüber auf richtiger Grundlage. Die Kosten des Stromes und die Kosten der Rohle stehen fest, an ihnen ist gar nicht zu rütteln. Wir halten an der Behauptung fest, daß der elektrische Betrieb billiger als ein Dampftrieb sein wird als der Dampftrieb. Wir haben auch den Wunsch der Personalfrage eingeschätzt. Aber es wird mit der Maßgabe 12 das beste erreichen können, wie mit dem elektrischen Betrieb, das müssen wir doch besser wissen. Wir kennen doch die Leistungsfähigkeit der Maschinen, die bereits auf der Stadtbahn verwendet. Es ist eine Höchstleistungsmotome. Wenn diese Maschine nur noch geringe Verbesserungen des Betriebes ermöglicht, so können Sie uns nicht überzeugen, daß wir mit dieser Motome noch auf längere Zeit rechnen. Dann würden wir überhaupt nicht mehr vorwärts kommen. (Zehr richtig!) Wir wollen nun einen weiteren eminenten Fortschritt mit dem elektrischen Betriebe machen. Dann ist der Hr. v. Hennigs auf die Bedenken der Reichspostverwaltung eingegangen. Ich habe bereits am Sonntagabend festgestellt, daß an eine so große Entlastungssumme von 50 Millionen gar nicht zu denken ist. Die Rentierung wird meistens durch diese Vorlage den Staat erneut belasten. Die Regierung glaubt, daß durch die

Zarifizierung

eine Verzinsung des Anlagkapitals unwirksam zu erreichen ist, allerdings nur insofern, als es zu diesem Zweck erforderlich ist. Die Zarifizierung wird im ganzen ungefähr 8 Millionen ausmachen, davon entfallen 75 Prozent auf die einfachen Karren. Die Monatskarten werden im Stadt- und Ringbahnwertes härter belastet, als im Vorvertrieb. Die Arbeiter werden in der ersten Zeit nicht sehr wenig durch die Erhöhung betroffen. Dem Hr. v. Hennigs ist die Sache abzulehnen, denn er bezieht nur eine Verbesserung der Vorlage. Die Regierung ist nach reiflicher, jahrelanger Überlegung an der Vorlage gelangt. Sie wird daher die Verantwortung tragen können. Ob aber das Haus die Verantwortung für die Ablehnung nicht tragen können, daß sie eine andere Sache. (Beifall rechts.)

Hr. Hofmann (Fortfchr. Vpl.):

Es gibt keinen einzigen planbaren Grund dafür, um diese Vorlage zu befehlen. Durch die Vorlage wollen wir nur den ersten Schritt auf dem Wege der Besserung machen. Ein bestimmtes Ziel wird in keiner Weise festgelegt. Bei der Zarifizierung sollte man jede Überbinnung vermeiden. Das Ergebnis sollte vom Staat erträgt werden. Wir wollen dem Minister die nötige Verantwortung überlassen und nicht gegen den Kommissionsantrag annehmen. Die Kammer des

Bezüglich des Antrages zu 21 (Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen) wird nach folgende Erläuterung gegeben: Der hierzu vom Sachlichen Bürgerverein gegebene Antrag...

Herr Stv. Faust als Referent empfiehlt die Vorlage. Herr Stv. Helmke findet es erfreulich, daß man dem Antrage des Sachlichen Bürgervereins in etwas stattgegeben habe...

Herr Stv. Spindler: Die Regimentsangehörigkeit darf nicht missprechen; es kann uns gleichgültig sein, bei welchem Regiment der einzelne bedürftige Mann für sein Vaterland seine Knochen und seine Gesundheit aufs Spiel gesetzt hat...

Herr Stv. Kallmeyer bittet, dem hiesigen Krüppelverein (Notitia 6), der außerordentlich segensreich wirkt, 10 000 Mk., dem gutfundierten Verein in Craacu (Notitia 7) nur 400 Mk. zu bewilligen.

Herr Stv. Osterburg verweist den Ausdruck für die verarmten Armeen. Es gäbe keine verarmte Armee, Armut sei Armut. Weiter will er das Geld, das für die Stadtmission eingesetzt ist, dem Zoologischen Garten zugewendet wissen.

Herr Stv. Faust hebt hervor, daß nicht 2000, sondern nur 546 dürftige und würdige Veteranen in Halle vorhanden sind.

Herr Bürgermeister v. Holly wendet sich gegen den Antrag der Herren Kallmeyer und Osterburg. Den Betrag für die verarmten Armeen dürfe man keinesfalls vermindern.

Herr Stv. Meyer empfiehlt den Antrag Helme mit einigen Modifikationen.

Herr Stv. Kuhn schlägt vor, 10 000 Mk. bei der Position für die Moritzkirche zu streichen und den Veteranen zusammen, den Posten für verarmte Arme oder zu belassen. Die Veteranen bis 1200 Mk. Einkommen sollen berücksichtigt werden.

Herr Stv. Meyer wünscht, daß der Magistrat darüber Zahlen angeben möge, wieviel auf den einzelnen Veteranen entfällt.

Herr Stv. Kallmeyer regt an, daß der Magistrat im nächsten Jahre an die Bildung eines Fonds denken möge, aus dem unserer Volks- und Mittelschulern unentgeltlich Schwimmunterricht erteilt wird.

Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung, für das hiesige Krüppelheim und das Krüppelheim in Craacu je 700 Mk. zu verwenden.

Weiter wird der Antrag Helme: Reuß, Meyer angenommen, der für die Veteranen 20000 Mark vorzählt, für die Moritzkirche aber statt der verlangten 20 000

Mark nur 20 000 Mk. Es sollen alle Veteranen bis zu 1200 Mk. Einkommen berücksichtigt werden.

Ob die Veteranen bei hiesigen Regimenten gebient haben oder nicht, soll keinen Unterschied machen.

15. Die Magistratsbureauassistenten haben um Gehaltserhöhung gebeten, desgleichen die Magistratsbureauassistenten.

Der Etatsauschuß empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Eine ganze Reihe Redner verlangen, die Petitionen sollen dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden. Das Haus leert sich bei der Debatte immer mehr.

Allgemeine studentische Missionskonferenz.

Am Montag vormittag fand die dritte Hauptversammlung. Das Hauptreferat hatte Herr F. Simon, der Leiter des Erziehungsvereins der Betheler Christlichen Mission, über das Thema „Der Missionar bei der Verkündigung“.

Dem Hauptreferat folgten drei kleine Vorträge. Zunächst sprach Herr Missionarpräsident Genß über die Thematik: „Wie ich den gebildeten Chinesen das Evangelium verkündige.“

Im letzten Vortrage führte Missionar Hoffmann die Zuhörer in die Zustände bei den Apakastämmen Neuguineas ein. Ohne alle Hilfsmittel leitet der Missionar die Nerven nach auf der Stufe des Steinzeitmenschen lebenden Völkern gegenüber, welche die ankommenen Missionen nicht als Menschen, sondern als Geister betrachten.

Abstimmung! Kontrollversammlungen!

Kontrollrat Gerbstedt, Galtshof zum goldenen Ring.

Für alle Waffengattungen der Reserve, Land- und Gewehr 1. Aufgebots und der Ersatzreserve der Stadt Gerbstedt.

Am 23. April 1913, 9,15 Uhr vorm., für die Jahresklassen 1900, 1901, 1902 und 1903.

Am 23. April 1913, 10,15 Uhr vorm., für die Jahresklassen 1904, 1905, 1906 und 1907.

Am 23. April 1913, 11,15 Uhr vorm., für die Jahresklassen 1908, 1909, 1910, 1911 und 1912.

Alle Unteroffiziere und Unteroffizierskandidaten der Stadt Gerbstedt haben sich bei der Kontrollversammlung am 23. April 1913, 11,15 Uhr vorm. zu erscheinen.

Provincial-Nachrichten.

Zur Landtagswahl.

Merseburg, 20. April. In der heute nachmittag stattgefundenen Berathung der Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei im Wahlkreis Merseburg-Querfurt wurde die Beteiligung an der Landtagswahl und eine sofortige Agitation für dieselbe beschlossen.

Kreisja 8. Reußen, 21. April. (Orgelweibe). Am geistlichen Sonntag wurde die von dem Herrn Orgelbaumeister Kühlmann aus Jörzig gebaute neue kleine Orgel feierlich eingeweiht. Die feierliche Handlung erfolgte nachmittags 3 Uhr.

Delitzsch, 21. April. (Selbstmord). Im nahen Schöneheide hat sich heute morgen früh vor 8 Uhr der Lehrer Grund im Bett erschossen.

Dre dürfen vielleicht Aufklärung über den Grund zur Tat geben.

Torgau, 21. April. (Im hiesigen Stadt Krankenhaus starb) kurz nach seiner Entlassung am Sonnabend ein polnischer Arbeiter, der bei Heißfeld aus dem Eisenbahnzuge herausgefallen und schwer verletzt worden war.

Leipzig, 21. April. (Eigenartiger Unfall eines Reiters.) Ein Arzt tritt am Dienstag nachmittag auf dem Reitewege an der Banischischen Laube vorbei. Ein anderer Reiter wollte ihn auf diesem Reitewege überholen.

Mien, 19. April. (Hünfl Wilddiebe gefaßt.) Am Mittwoch „veranstaleten“ fünf zum Teil schon berüchtigte Wilddiebe von hier im benachbarten anhaltinischen Klein-Zerbst ein regelrecht Treibjagd, wobei sie eine alte, beschlagene Wiese anstochten.

Neuhaus am Rennsteig, 20. April. (Rennsteigbahn.) Während die Arbeiten zum Bahnbau Wallendorf-Neuhaus rüstig fortgeschritten, so daß mit der Eröffnung dieser Strecke am 1. Oktober d. J. gerechnet werden kann, sind inzwischen auch die Vorbereitungen zur Fortsetzung der Rennsteigbahn in die Wege geleitet worden.

Genz, 21. April. (Stiftung.) Der Fabrikant Werner Bruhn hat der Stadt zu verschiedenen wohltätigen Zwecken 20 000 Mark gestiftet.

Letzte Depeschen.

Unfall des Prinzen Friedrich Karl von Preußen.

Bei dem Reitturnier auf der Rennbahn Reupitzitz im großen Jagdschloß Prinz Friedrich Karl von Preußen, Leutnant im 1. Garberegiment s. Fz. mit dem Pferde beim Doppelpfprung. Der Prinz stürzte kopfüber, vermochte aber das Pferd unter dem Beifall der Menge am Zügel festzuhalten und konnte, zwar etwas blutend, aber ungeschädigt nicht erheblich verletzt, zu Fuß die Bahn verlassen.

Botschafterkonferenz in London.

Die Botschafter traten heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Asquith zusammen. Sir Edward Grey war abwesend, dagegen nahm der Lord-Präsident Biscourt Morley an der Sitzung teil.

Die österreichische Demobilisation.

Heute vormittag fand unter Teilnahme der beiden Militärpräsidenten eine Besprechung mit dem gemeinsamen Militär über die laufenden Angelegenheiten statt. Im Wesentlichen wurde über die demobilisierenden Maßnahmen, die die kaiserlichen an den südbalkanischen Grenzen erst entlassen werden können, wenn die Serben Durazzo geräumt haben.

Professor Wiffen †

Der Bildhauer Professor Wiffen ist gestern nachmittag einem Schlaganfall erlegen.

Eisenbahn-Unfall.

Zwischen den Stationen Kasdorn und Pijmenja fand ein Zusammenstoß zwischen einem Kurierzug und einem Güterzug statt. Die beiden Lokomotiven, zwei Personenzüge und ein Güterwagen wurden beschädigt, 15 Personen verletzt.

Somburg v. d. S., 21. April. Der Kaiser, die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise trafen um 5 Uhr hier wieder ein.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

23. April: Wenig verändert, auch windig. 24. April: Wolke, teils heiter, kühl. 25. April: Wolke mit Sonnenschein, mäßig warm. 26. April: Wolke heiter, kühl, ziemlich warm.

Redaktions-Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brunnmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuertwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Gedruckt in Halle a. S.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich Unterhaltungsblatt.

